

05.04.2016

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.6)

Herr Staatsrat Dr. Brosda trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2016/922, betreffend

Neunzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher
Staatsverträge (Neunzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag),

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.
2. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.
3. Die Senatskanzlei wird beauftragt, die vorgelegte Mitteilung der Bürgerschaft zuzuleiten.
4. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, den Staatsvertrag nach Zustimmung der Bürgerschaft zu ratifizieren.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



702. 29-01-2016
732. 05-02/01

Berichterstattung:
Bürgermeister Scholz
Staatsrat Dr. Brosda

TOP I.6
Brosda

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2016/00922
vom: 23.03.2016

Neunzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

A. Zielsetzung

Schaffung der Voraussetzungen für die Ratifikation des 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrages. Dieser hat die folgende Zielsetzung:

1. Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des 15. RfÄStV
2. Beauftragung eines Jugendangebots der in der ARD zusammengesetzten Rundfunkanstalten und des ZDF
3. Nachjustierung des Jugendmedienschutzes vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung
4. Überarbeitung der Transparenzvorschriften bei Tochterunternehmen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
5. Regeln zu Kooperationen der in der ARD zusammengesetzten Landesrundfunkanstalten, des ZDF und Deutschlandradio mit Blick auf das Umsatzsteuergesetz
6. Schaffung von Transparenzvorschriften für die Programmbeschaffung der in der ARD zusammengesetzten Landesrundfunkanstalten, des ZDF und Deutschlandradio

B. Lösung

Ratifikation des Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage:

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen:

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Inklusion
- Bürokratieabbau
- Gleichstellung

G. Alternativen:

Im Sinne der Zielsetzung: Keine.

H. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft